

UNSERE POLITIK FÜR EINE GERECHTE GESELLSCHAFT

Parteiprogramm der Sozialdemokratischen
Partei des Kanton Bern

FÜR ALLE
STATT
FÜR WENIGE



Parteiprogramm der Sozialdemokratischen
Partei des Kanton Bern, verabschiedet am
Parteitag vom 19. September 2007.

* Mit einem Stern gekennzeichnete Begriffe
werden im Glossar (Seite 6) erklärt.

INHALT

VORWORT	4
EINLEITUNG	5
GLOSSAR	6

GESELLSCHAFT

1 Mit sozialer Sicherheit eine solidarische Gemeinschaft bilden	8
2 Die öffentliche Sicherheit für alle gewährleisten	9
3 Mit Service public die Grundversorgung sicherstellen	10
4 Die Familie für ihre Aufgaben stärken	11
5 Kinder und Jugendliche ihre Zukunft mitgestalten lassen	12
6 Ältere Menschen in ihrer Selbstbestimmung unterstützen	13
7 Mit Bildung die Chancengleichheit verbessern	14
8 Eine gute Gesundheitsvorsorge für alle sicherstellen	15
9 Die tatsächliche Gleichstellung von Frau und Mann durchsetzen	16
10 Durch Integration ein friedliches Zusammenleben ermöglichen	17
11 An Kultur können alle teilhaben	18
12 Mit Sport die Bewegung und fairen Umgang miteinander fördern	19

WIRTSCHAFT

13 Menschenwürdige Arbeit und Existenz für alle ermöglichen	22
14 Die wirtschaftliche Entwicklung zum Vorteil aller gestalten	23
15 Mit gesunden Finanzen und gerechten Steuern handlungsfähig bleiben	24
16 Durch Regionalpolitik die Städte und Regionen stärken	25

ÖKOLOGIE

17 Unsere natürlichen Lebensgrundlagen erhalten	28
18 Das Klima für die zukünftigen Generationen schützen	29
19 Auf erneuerbare Energien und Energieeffizienz setzen	30
20 Die Mobilität in Einklang mit der Umwelt gestalten	31

VORWORT

EIN PROGRAMM VON MENSCHEN FÜR MENSCHEN

Politik, politische Arbeit findet an unterschiedlichen Orten, bei verschiedenen Gelegenheiten, in fast allen Lebenslagen statt. PolitikerInnen der verschiedenen Parteien beurteilen politische Geschäfte oft sehr unterschiedlich, weil sie für andere, zuweilen entgegengesetzte Ziele eintreten.

Die grundsätzlichen Werthaltungen, das Fundament der SP sind Solidarität, Gerechtigkeit und die Überzeugung, dass weder Mensch noch Umwelt ausgebeutet werden dürfen. Diese Grundhaltung prägt unsere Politik.

Für die konkrete politische Arbeit und den Meinungsbildungsprozess ist es nötig, inhaltlich auf verschiedenen Ebenen Position zu beziehen. Viele Arbeitsgruppen, Ausschüsse und andere Parteigremien arbeiten laufend neue Positionspapiere zu aktuellen Themen aus. Bisher fehlte aber der SP des Kantons Bern eine Grundlage im Sinne eines grundsätzlichen Stellungsbezugs. Das vorliegende Parteiprogramm 2007 füllt diese Lücke.

Anstoss für die Erarbeitung dieses Programms war ein Beschluss des Parteitag in Niederbipp im Juni 2005. Im September 2007 verabschiedete der Parteitag in Bern die definitive Fassung.

Innert zweier Jahre ist aus vielen Diskussionen, Ideen, Entwürfen, Gegenentwürfen dieses Programm entstanden. Alle Parteimitglieder waren zur Mitarbeit eingeladen; aktiv beteiligt daran haben sich erfreulicherweise viele: Basismitglieder, Angehörige der Fraktionen in Rat- und Bundeshaus, GewerkschafterInnen, Regierungsmitglieder, Vertreterinnen der SP-Frauen sowie Juso- und Sektionsmitglieder.

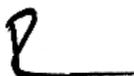
Ihnen sei an dieser Stelle herzlich gedankt. Sie haben das Parteiprogramm zu dem gemacht, was es ist: ein Programm von Menschen für Menschen.

Oktober 2007



IRÈNE MARTI ANLIKER

Parteipräsidentin SP Kanton Bern



MARKUS MEYER

Projektleiter Parteiprogramm

EINLEITUNG

UNSERE POLITIK FÜR EINE GERECHTE GESELLSCHAFT

Ziel unserer Partei ist eine gerechte Gesellschaft. In der politischen Arbeit, im Zusammenleben in unserem Staat und im Umgang miteinander verlangen wir Rücksichtnahme und sozialen Ausgleich.

Wir setzen uns ein für einen starken Rechtsstaat, weil allein dieser schwache Mitglieder der Gesellschaft schützen und dafür sorgen kann, dass die Regeln von allen eingehalten werden. Nur ein starker Rechtsstaat kann die Grundrechte garantieren.

Wir sind eine demokratische Partei; wir akzeptieren Mehrheiten, die in einer fairen und offenen Auseinandersetzung entstanden sind. Aufgrund unserer demokratischen Überzeugung setzen wir uns konsequent für das Primat der Politik ein.

Wir stehen ein für einen zweisprachigen Kanton, der die Brückenfunktion zwischen der deutsch- und der französischsprachigen Schweiz aktiv wahrnimmt.

Wir respektieren den Menschen als Individuum. Individualismus unterscheiden wir aber klar von Egoismus. Wir bekämpfen reinen Eigennutz und orientieren uns am Gemeinwohl. Die staatliche Ordnung soll Freiheit und Gerechtigkeit anstreben. Sie muss auch in der globalisierten und zusammenwachsenden Welt gelten. Zentraler Begriff unseres Denkens und Handelns ist die Solidarität als ein Grundsatz des menschlichen Zusammenlebens.

Unsere Richtschnur ist die nachhaltige Entwicklung. Diese bringt Sozial-, Wirtschafts- und Umweltziele in Einklang und bedeutet Solidarität mit denjenigen, die keine oder noch keine eigene Stimme haben. Eine wichtige Leitplanke der nachhaltigen Entwicklung ist die Gleichberechtigung von heutigen und zukünftigen Generationen, von Frau und Mann, aber auch von Menschen auf verschiedenen Erdteilen. Zukunftsfähige Entwicklung bedeutet, dass die gegenwärtige Generation ihre Bedürfnisse befriedigt, ohne die Möglichkeit künftiger Generationen zu gefährden, dereinst dasselbe tun zu können.

Zentrale Werte sind für uns Chancengleichheit und materielle Gerechtigkeit als Grundlagen für die gesellschaftliche Vielfalt. Die Menschen sollen unabhängig von Religion, Herkunft, Nationalität, Geschlecht oder wirtschaftlichen Verhältnissen Entfaltungsmöglichkeiten erhalten. Jeder Mensch hat Anspruch auf die gleichen Voraussetzungen, sein Glück finden zu können.

Das vorliegende Programm gliedert sich in 20 Themen, welche die politischen Schwerpunkte der SP des Kantons Bern aufzeigen. Diese Themen überschneiden sich vielfach. Die Struktur des Parteiprogramms orientiert sich an den drei Grundbegriffen der Nachhaltigkeit: Gesellschaft – Wirtschaft – Ökologie. Die Kapitel sind gleichwertig; die Reihenfolge drückt keine Rangordnung aus.

GLOSSAR

Natürliche Monopole

Ein natürliches Monopol ist eine Marktconstellation, die entsteht, wenn ein einziges Wirtschaftssubjekt ein Gut zu niedrigeren Kosten produzieren kann als zwei oder mehrere Wirtschaftssubjekte. Natürliche Monopole basieren in erster Linie auf leitungsbezogenen Versorgungsnetzen wie z. B. Stromleitungen, Schienenwegen, Strassen, Flugplätzen oder Telekommunikationskabeln.

Vollbeschäftigung

Vollbeschäftigung herrscht, wenn alle Menschen, die arbeiten wollen, eine bezahlte Arbeit finden.

Nachhaltigkeit

Das Konzept der Nachhaltigkeit beschreibt den Gedanken, ein natürliches System ausschliesslich so zu nutzen, dass es in seinen wesentlichen Charakteristika langfristig erhalten bleibt.

Erneuerbare Energien

Zu den erneuerbaren oder auch regenerativ genannten Energien zählen Windenergie, Wasserkraft, Erd- und Sonnenwärme, Biogas, Holz und die Gezeiten. Gemeinsam ist ihnen, dass kein zusätzliches Kohlendioxid aus fossilen Quellen entsteht.

Road-Pricing

Road-Pricing bezeichnet die Erhebung von Strassenbenützungsgeldern und bezweckt, über den Preis die Verkehrsnachfrage zu beeinflussen. Auf sich aufmerksam macht im Moment London. Die Erfahrungen in der englischen Metropole könnten wegweisend für die Diskussion über die Einführung von Road-Pricing auch in Schweizer Städten sein.

2000-Watt-Gesellschaft

Die 2000-Watt-Gesellschaft ist ein energiepolitisches Modell, wonach der Energiebedarf jedes Menschen einer durchschnittlichen Leistung von 2000 Watt entsprechen sollte. Die Vision der 2000-Watt-Gesellschaft ermöglicht einen Ausgleich zwischen Industrie- und Entwicklungsländern und ermöglicht allen Menschen einen guten Lebensstandard.

Verursacherprinzip

Das Verursacherprinzip besagt, dass Kosten, die als Folge eines bestimmten Tuns oder Unterlassens entstehen, dem Verursacher zuzurechnen sind.



GESELLSCHAFT

1 SOZIALE SICHERHEIT

MIT SOZIALER SICHERHEIT EINE SOLIDARISCHE GEMEINSCHAFT BILDEN

Die Schweiz ist eines der reichsten Länder der Welt. Trotzdem fallen viele Menschen durch das soziale Netz. Ob ein Älterwerden in Würde und materieller Sicherheit möglich sein soll, ist eine politische Entscheidung. Das Gleiche gilt für die Frage, ob wir für die Rechte von Menschen, unabhängig von ihrer Herkunft, Religion, Staatsangehörigkeit oder ihrem Geschlecht, von Menschen mit Behinderungen oder von Menschen ohne oder mit tiefem Einkommen eintreten wollen. Nach unserer Auffassung ist es eine Kernaufgabe des Staates, die soziale Sicherheit und damit einen Grundwert der Solidarität in einem Umfeld möglichst grosser individueller Freiheit zu gewährleisten.

Die SP kämpft dafür, dass alle auf die Solidarität der Gesellschaft zählen können. Grundlagen der sozialen Sicherheit sind ausgebaut, langfristig finanzierbare und zukunftsfähige Sozialwerke, umfassende Bildungsangebote, qualitativ hochstehende Arbeitsplätze, ein flexibles Rentenalter, von dem nicht nur die Reichen profitieren, eine wirksame Integrationspolitik, eine intakte Umwelt und eine ökologisch nachhaltige Entwicklung.

Dafür setzt sich die SP ein:

- Das Netz der sozialen Sicherheit muss stabil sein. Sozialhilfe ist ein Grundrecht: Jeder Mensch hat Anspruch darauf.
- Wer auf Sozialhilfe angewiesen ist, soll weiterhin uneingeschränkt am gesellschaftlichen Leben teilhaben können.
- Geeignete Rahmenbedingungen müssen sicherstellen, dass Menschen mit einer Behinderung ungehindert Zugang zur Arbeitswelt haben und sich im Lebensalltag eigenständig bewegen können.
- Soziale Sicherheit muss mit vorbeugenden und integrierenden Angeboten gewährleistet werden. Notwendige staatliche Hilfe soll so früh wie möglich greifen.
- Wir fordern Existenzsicherung in Form von Hilfe zur Selbsthilfe. So bleibt die Selbstständigkeit der Betroffenen gewahrt.

2 ÖFFENTLICHE SICHERHEIT

DIE ÖFFENTLICHE SICHERHEIT FÜR ALLE GEWÄHRLEISTEN

Sicherheit ist ein Grundbedürfnis jedes Menschen und unteilbar. Sie bildet die Grundlage für ein freies und eigenständiges Leben; die körperliche und psychische Unversehrtheit ist zentraler Bestandteil der Lebensqualität. Der öffentliche Raum gehört allen; die Sicherheit darin muss gewährleistet sein, sie ist eine Staatsaufgabe. Gewalt und Kriminalität finden sich in jeder Gesellschaft; ihre Bekämpfung ist Aufgabe des Staates. Er soll die Menschen schützen und ein gewaltfreies Zusammenleben im öffentlichen und im privaten Raum ermöglichen. Eine sozialdemokratische Sicherheitspolitik ist darauf ausgerichtet, Sicherheit und Ordnung zu gewährleisten, was jedoch nicht zulasten einzelner Bevölkerungsgruppen gehen darf. Sicherheitspolitik muss von Toleranz geprägt sein: Alle Mitglieder der Gesellschaft müssen akzeptiert werden, auch solche, die nicht nach gängigen Normen leben.

Dafür setzt sich die SP ein:

- Der öffentliche Raum ist so zu gestalten, dass sich alle Menschen sicher fühlen und vor Gewalt und Bedrohungen geschützt sind. Dazu gehört die Gewährleistung von sauberen öffentlichen Plätzen und Räumen. Niemand soll den öffentlichen Raum in ausschliessender Weise nutzen können.
- Die Gewährleistung der Sicherheit ist Aufgabe der Polizei, also Teil des öffentlichen Dienstes. Am Gewaltmonopol des Staates bei der Erfüllung dieser Aufgabe darf nicht gerüttelt werden.
- Häusliche Gewalt ist eine Straftat. Für Täterinnen und Täter gelten die gleichen Normen wie bei allen übrigen Gewalttaten. Den Opfern häuslicher Gewalt müssen genügend Anlauf- und Beratungsstellen offenstehen.
- Zur optimalen Integration aller Jugendlichen und zur Verhinderung von Jugendgewalt und -kriminalität braucht es gezielte, vernetzte Massnahmen.
- Die Polizei trägt zur Aufrechterhaltung von Sicherheit und Ordnung bei, kann jedoch nicht allein dafür zuständig erklärt werden: Alle anderen Politikbereiche müssen die Verantwortung mittragen.
- Die Polizei besitzt Autorität und Kompetenz im Konfliktfall und in Notfällen. Grundsätzlich soll sie sich in erster Linie als Vermittlerin in Konflikten verstehen. So erhält sie eine schlichtende und friedensstiftende, nicht eine unterdrückende Funktion.
- Waffen und Munition sind in unserem Land zu leicht verfügbar. Das Waffengesetz muss daher verschärft werden. Armeewaffen und Munition gehören ins Zeughaus und nicht in den Haushalt.

3 SERVICE PUBLIC

MIT SERVICE PUBLIC DIE GRUNDVERSORGUNG SICHERSTELLEN

Sicherheit, Bildung, Kommunikation, Wasser, Mobilität, medizinische Versorgung und Energie sind menschliche Grundbedürfnisse. Es besteht ein öffentliches Interesse daran, dass die ganze Bevölkerung in allen Regionen zu vergleichbaren Bedingungen Zugang zu diesen elementaren Gütern und Dienstleistungen hat. Deshalb muss der Staat in diesen zentralen Bereichen aktiv die Verantwortung übernehmen und die Verteilung wichtiger Güter und Dienstleistungen demokratisch kontrolliert organisieren. Nur so lassen sich der soziale Ausgleich und die Versorgungssicherheit sicherstellen. Öffentliche Betriebe sind dem Gemeinwohl verpflichtet, was bei privaten Unternehmungen nicht der Fall sein muss.

Ein gut funktionierender, demokratisch abgestützter, transparenter, solidarisch finanzierter und effizient erbrachter Service public ist die Grundlage einer gerechten und demokratischen Gesellschaft. Er trägt zur Erhöhung der Lebensqualität bei und bietet Gewähr, dass jedes Mitglied der Bevölkerung die gleichen Chancen hat, sich zu entfalten. Er ist Voraussetzung für eine Politik, die an der Rechtsgleichheit, am sozialen Ausgleich, am nationalen Zusammenhalt und an ökologischen Grundsätzen ausgerichtet ist.

Dafür setzt sich die SP ein:

- Das Angebot von Gütern und Dienstleistungen der Grundversorgung muss bezahlbar und von guter Qualität sein. Es muss der ganzen Bevölkerung zur Verfügung stehen.
- Die Leistungen der öffentlichen Dienste sollen in einem optimalen Preis-Leistungs-Verhältnis stehen und von gut qualifizierten Mitarbeitenden kundenorientiert erbracht werden.
- Die Leistungen des Service public werden grundsätzlich von der öffentlichen Hand erbracht oder zumindest staatlich reguliert.
- Natürliche Monopole* gehören in den Besitz und die Kontrolle der öffentlichen Hand.
- Die Privatisierung von Leistungen des Service public zwecks kurzfristiger Gewinnerwirtschaftung und -maximierung lehnt die SP entschieden ab.
- Private Anbieter von öffentlichen Leistungen sind verpflichtet, branchenübliche Arbeitsbedingungen einzuhalten.

4 FAMILIE

DIE FAMILIE FÜR IHRE AUFGABEN STÄRKEN

In den letzten Jahrzehnten sind die Formen des Zusammenlebens in unserer Gesellschaft vielfältiger geworden. Eine Vielzahl unterschiedlicher Lebensgemeinschaften ist entstanden; die traditionellen Familienmuster haben sich verändert.

Eine zeitgemässe Familienpolitik anerkennt die Leistungen, welche Familien für die Gesellschaft erbringen. Förderung und Schutz der Familien sind deshalb staatliche Kernaufgaben. Familiengründung darf nicht zum Armutsrisiko werden. Im Zentrum der sozialdemokratischen Familienpolitik stehen die Kinderrechte, soziale Sicherheit der Familien sowie die Chancengleichheit unter Kindern, Jugendlichen und Erwachsenen.

Dafür setzt sich die SP ein:

- Frauen und Männer sollen sich frei und eigenständig für Familie und Beruf entscheiden können. Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf für Frauen und Männer muss gewährleistet sein. Arbeitsmodelle, die eine Umverteilung der Erwerbs- und der Familienarbeit unterstützen, sollen gefördert werden.
- Kinder dürfen kein Armutsrisiko darstellen. Kinder zu haben, soll in unserer Gesellschaft attraktiv und nicht mit finanzieller Benachteiligung verbunden sein.
- Wir brauchen gute, bedarfsgerechte Betreuungsplätze, vor allem in Tagesschulen, an Mittagstischen und in Krippen. Diese müssen allen Familien, reicheren und ärmeren, zugänglich sein.
- Die verschiedenen Familienmodelle und Lebensgemeinschaften sollen sich frei und gleichwertig weiterentwickeln können. Die SP fordert gleiche Rechtsgrundlagen für unterschiedliche Familienformen, z. B. setzen wir uns für die eingetragene Partnerschaft ein.

5 KINDER UND JUGENDLICHE

KINDER UND JUGENDLICHE IHRE ZUKUNFT MITGESTALTEN LASSEN

Unsere Gesellschaft muss für Kinder und Jugendliche Rahmenbedingungen schaffen, in denen sie sich altersgerecht entwickeln können. Wenn wir ihr Selbst- und Verantwortungsbewusstsein, ihre Neugier und Leistungsbereitschaft bereits in jungen Jahren stärken, besitzen sie später genügend Sicherheit, um sich in der Erwachsenenwelt zurechtzufinden. Voraussetzungen dafür sind Kinderrechte und der Kinderschutz, ein sicheres Wohn- und Lebensumfeld, eine solide Bildung, die sie aufs bevorstehende Berufsleben vorbereitet, und genügend Ausbildungsmöglichkeiten, damit sie ihren Platz in der Gesellschaft finden. Kinder und Jugendliche sind eigenständige Persönlichkeiten mit Rechten und müssen darum ihr eigenes Umfeld mitgestalten und Einfluss auf ihre Umgebung nehmen können. Dies weckt das Bewusstsein für die Demokratie. Die frühe Auseinandersetzung mit politischen Entscheidungsprozessen, das Entdecken von Einflussmöglichkeiten ist von zentraler Bedeutung für die Lust auf Mitwirkung und Mitbestimmung.

Dafür setzt sich die SP ein:

- Für die Entwicklung der Kinder und Jugendlichen muss Gestaltungsraum zur Verfügung gestellt und ihr Wohn- und Lebensumfeld verbessert werden.
- Nicht nur für das Wohlbefinden von Kindern und Jugendlichen, sondern auch für die Eltern sind genügend Entlastungs- und Beratungsmöglichkeiten nötig, damit diese ihren Erziehungs- und Betreuungsaufgaben gerecht werden können.
- Mit einem ausreichenden Angebot an Lehrstellen, Aus- und Weiterbildungsmöglichkeiten müssen Staat und Wirtschaft den Einstieg der Jugendlichen in die Arbeitswelt sichern. Zentral dabei ist ein branchenübergreifender, von der Wirtschaft massgeblich mitfinanzierter Berufsbildungsfonds.
- Politische Bildung gehört in die Lehrpläne, und die Mitwirkungsrechte von Kindern, Jugendlichen und jungen Erwachsenen sind auf allen Ebenen zu stärken.
- Wir fordern das aktive Stimm- und Wahlrechtsalter 16.

6 ALTER

ÄLTERE MENSCHEN IN IHRER SELBSTBESTIMMUNG UNTERSTÜTZEN

Die Altersstruktur unserer Bevölkerung ändert sich – der Anteil der älteren Menschen nimmt zu. Die Bedürfnisse der über 60-Jährigen haben sich verändert und verändern sich weiter. Ein grosser Teil der Menschen in der dritten Lebensphase erlebt diese Zeit gesund und aktiv. Alter wird zunehmend nicht mehr als Last, sondern als Chance zu einem neuen Abschnitt selbstbestimmten Lebens empfunden – von den älteren Menschen selbst wie auch von der Gesellschaft. Die Lebenserfahrung, das Potenzial und die Kultur von SeniorInnen sind wichtige Elemente unserer Gesellschaft.

Die SP will, dass Menschen in jedem Alter die Möglichkeit haben, mitzubestimmen und ihre Stärken zu entfalten und einzusetzen. Ältere Menschen sollen ihr Leben nach ihren Wünschen und Überzeugungen selbständig gestalten können.

Dafür setzt sich die SP ein:

- Alte Menschen sollen möglichst lange eigenständig in ihrer gewohnten Umgebung leben und zwischen verschiedenen Wohn- und Lebensformen wählen können. Die Erhaltung der Selbständigkeit im Alter muss mit organisatorischen Massnahmen unterstützt werden. Dazu gehört auch die Prävention für ein gesundes Alter.
- Menschen, die in einem Heim leben, sollen ein quantitativ ausreichendes, qualitativ gutes und finanziell tragbares Angebot benützen können.
- Die Sicherstellung der Altersvorsorge im bisherigen Rahmen ist für die SP der Minimalstandard.
- Die SP unterstützt den bedarfsorientierten Ausbau spitalexterner Pflege und Betreuung sowie gesundheitsfördernder Programme.
- Die SP strebt eine verstärkte Zusammenarbeit der verschiedenen Altersorganisationen an.
- Die Freiwilligenarbeit in der Altersbetreuung muss besser anerkannt, pflegende Angehörige sollen besser unterstützt, beraten und entlastet werden.

7 BILDUNG UND FORSCHUNG

MIT BILDUNG DIE CHANCEN- GLEICHHEIT VERBESSERN

Bildung ist eine der Voraussetzungen für eine gut funktionierende demokratische Gesellschaft und für eine florierende Wirtschaft. Friedliches Zusammenleben, Wertschöpfung, Teilnahme am gesellschaftlichen Leben und persönliche Entwicklung hängen von ihr ab.

Die Schweiz ist eine Wissensgesellschaft. Im Faktor Bildung gründen unsere wirtschaftliche und gesellschaftliche Existenz, unsere Entwicklungsmöglichkeiten und unsere Fähigkeit, die Lebensqualität zu verbessern und im wirtschaftlichen Wettbewerb zu bestehen. Sparen bei der Bildung heisst Verhindern notwendiger Zukunftsinvestitionen.

Die öffentliche Volksschule ist die wichtigste Einrichtung für die soziale Integration. Bildung – vom Kindergarten bis zur Hochschule – ist ein öffentliches Gut und muss eine Grundaufgabe des Staates bleiben. Der Zugang zu einer qualitativ hochstehenden Aus- und Weiterbildung muss für alle Menschen unabhängig von ihrer sozialen Herkunft und ihren finanziellen Möglichkeiten gewährleistet sein.

Dafür setzt sich die SP ein:

- Die öffentliche Schule muss die beste Schule bleiben.
- Alle Bildungsstufen und -bereiche müssen Chancengleichheit und Durchlässigkeit bieten. Der Zugang zur Aus- und Weiterbildung muss auf jeder Altersstufe gesichert sein, unabhängig von finanzieller Situation und Geschlecht.
- Wir unterstützen Schulformen, die es möglichst allen Kindern gestatten, die Regelklassen zu besuchen. Es sind Massnahmen zu ergreifen, welche die Folgen von Fremdsprachigkeit und Lernbehinderungen mindern und Hochbegabte fördern.
- Die Schulen spielen bei der Entwicklung des Sozialverhaltens von Kindern und Jugendlichen eine grosse Rolle. Das Angebot der Schulsozialarbeit muss allen SchülerInnen zugänglich sein. Zudem sind gezielte Massnahmen zur Verminderung von Gewalt in Schulen zu ergreifen.
- Jugendliche müssen beim Übergang von der Schule in die Arbeitswelt gezielt unterstützt werden. Dazu gehört eine unentgeltliche Berufs- und Laufbahnberatung.
- Der Kanton Bern ist als Hochschulstandort zu stärken und interkantonal zu vernetzen. Er soll auch zukünftig vor allem in Bildung und Forschung investieren, um in Forschung und Wirtschaft ein innovatives Klima zu erhalten und zu pflegen.

8 GESUNDHEIT

EINE GUTE GESUNDHEITSVORSORGE FÜR ALLE SICHERSTELLEN

Gesundheit bedeutet körperliches, geistiges, psychisches und soziales Wohlbefinden und ist ein wertvolles Gut. Ziel einer sinnvollen und umfassenden Gesundheitspolitik ist es, Gesundheitsförderung und Krankheitsvorbeugung sowie Heilung und Linderung von Krankheiten und Unfallfolgen ganzheitlich zu betreiben und allen zugänglich zu machen.

Die SP will ein Gesundheitswesen mit qualitativ hochstehenden, für alle erschwinglichen und gerecht finanzierten Leistungen. Alle Menschen sollen Zugang zu den notwendigen medizinischen, pflegerischen und therapeutischen Leistungen haben. Das Gesundheitswesen muss als wichtiger Bereich des Service public vom Staat gesteuert und demokratisch kontrolliert werden.

Dafür setzt sich die SP ein:

- Die Gesundheitsversorgung bleibt ein wichtiger Bestandteil des Service public und wird vom Staat gesteuert.
- Das Gesundheitswesen verfügt über ein soziales Finanzierungssystem und orientiert sich am Prinzip der Gleichbehandlung. Alle haben Zugang zu notwendiger medizinischer Versorgung und Pflege sowie zu präventiven Angeboten, unabhängig von den finanziellen Mitteln oder der gesellschaftlichen Stellung.
- Prävention ist ein zentraler Aspekt des Gesundheitswesens. Dafür müssen ausreichend finanzielle Mittel bereitgestellt werden.
- Die Leistungen im Akutbereich, in der Psychiatrie, in der Rehabilitation und im Rettungswesen werden im Kanton Bern entsprechend den Bedürfnissen der Bevölkerung angeboten. Die Spitzenmedizin soll im Kanton am Universitätsspital zentralisiert und interkantonal koordiniert werden.
- Der Kanton steuert und koordiniert die Gesundheitsversorgung und stellt so die bestmögliche gesundheitliche Versorgung unter optimalem Einsatz der vorhandenen Mittel sicher.

9 GLEICHSTELLUNG VON FRAU UND MANN

DIE TATSÄCHLICHE GLEICHSTELLUNG VON FRAU UND MANN DURCHSETZEN

Die Gleichstellung von Frauen und Männern ist Voraussetzung für eine demokratische Gesellschaft und seit 1981 verfassungsrechtlich vorgeschrieben. Bei der Umsetzung wurden in den letzten Jahrzehnten zwar Fortschritte gemacht, aber noch sind die Defizite gross. Auffällig ist die Diskriminierung der Frauen beim Einkommen, in staatlichen und wirtschaftlichen Führungsgremien und in der Freiwilligenarbeit.

Die tatsächliche Gleichstellung von Frauen und Männern ist ein zentrales gesellschaftspolitisches Ziel der SP. Sie will Chancengleichheit für Frauen und Männer in Politik, Wirtschaft, Wissenschaft und Gesellschaft, kurz: ein ausgewogenes Verhältnis beider Geschlechter in allen Bereichen und auf allen Ebenen. Nötig sind die klassischen Frauenförderungsmaßnahmen, aber auch die «gender mainstreaming» genannte Strategie. Diese betrachtet Gleichstellung als Querschnittsaufgabe und berücksichtigt überall in Politik und Gesellschaft die unterschiedlichen Lebenssituationen von Frauen und Männern.

Dafür setzt sich die SP ein:

- Die in Verfassung und Gesetzen verankerte Gleichstellung von Frauen und Männern ist auf allen Ebenen durchzusetzen.
- Die Chancengleichheit für Frauen und Männer in Bildung, Erwerbsarbeit, Politik, Verwaltung, Wirtschaft und Wissenschaft ist zu gewährleisten. Massnahmen zugunsten eines ausgewogenen Verhältnisses beider Geschlechter auf allen Ebenen und in allen Bereichen werden verstärkt und umgesetzt.
- Wir fordern die Vereinbarkeit von Beruf und Familie für alle Männer und Frauen. Dazu braucht es Teilzeitstellen auf allen Ebenen, insbesondere auch für Männer, und familienergänzende Betreuungsangebote.
- Die Gleichstellung ist in der politischen Arbeit immer zu berücksichtigen.
- Wir unterstützen Projekte und Massnahmen, welche die Gleichstellung im Schulunterricht fördern, alte Klischees überwinden und das Selbstvertrauen von Mädchen und Knaben stärken.

10 INTEGRATION VON MIGRANTINNEN UND MIGRANTEN

DURCH INTEGRATION EIN FRIEDLICHES ZUSAMMENLEBEN ERMÖGLICHEN

Migrantinnen und Migranten sind ein wichtiger Teil unserer Gesellschaft und prägen das soziale, kulturelle und wirtschaftliche Bild der Schweiz mit. Sie leisten seit jeher einen wesentlichen Beitrag zu dem, was die Schweiz und der Kanton Bern heute sind.

Integration ist für ein Einwanderungsland wie die Schweiz unverzichtbar. Sie bildet die Voraussetzung für eine stabile und demokratische Gesellschaft. Wo Menschen verschiedener Nationalitäten und Kulturen nebeneinander leben, unterschiedliche Sprachen gesprochen werden und unterschiedliche Ansichten existieren, sind Respekt und Toleranz, aber auch Rahmenbedingungen und Regeln nötig. Grundlegend für das friedliche Zusammenleben ist die gleichberechtigte Teilnahme am politischen und gesellschaftlichen Leben. Wie die SchweizerInnen haben die MigrantInnen die Pflicht, die Gesetze, die Normen und die demokratischen Werte unserer Gesellschaft zu kennen, zu akzeptieren und einzuhalten.

Dafür setzt sich die SP ein:

- Die Integration muss bei der Ankunft in der Schweiz beginnen. Das Erlernen einer der im Kanton Bern gesprochenen Sprachen ist eine unabdingbare und einzufordernde Voraussetzung dafür.
- Es ist ein bedarfsgerechtes, niederschwelliges Angebot von Kursen (z. B. Sprach-, Politik- und Gesellschaftskurse usw.) zur Erleichterung der Integration zu schaffen. Der Besuch dieser Kurse ist obligatorisch.
- Integrationsmassnahmen bedürfen finanzieller Mittel. Staat und Arbeitgeber müssen diese zur Verfügung stellen.
- Der Integration der Migrantinnen ist besondere Aufmerksamkeit zu schenken. Es werden interkulturelle Begegnungsangebote für Frauen (Frauengruppen mit Kinderbetreuung, Spielgruppen usw.) geschaffen.
- Wer hier wohnt und bleiben will, soll mitgestalten können. Niedergelassene sollen das aktive und passive Stimm- und Wahlrecht erhalten, AusländerInnen – insbesondere der zweiten und dritten Generation – sollen erleichtert eingebürgert werden. Jedes in der Schweiz geborene Kind hat das Recht, Schweizer BürgerIn zu werden.
- Asylgesuche sollen rasch und kompetent behandelt werden. Jahrelanges Hinhalten ist nicht akzeptabel.
- Menschen aus Drittstaaten, die mit einer Schweizerin bzw. einem Schweizer verheiratet sind, sollen die gleichen Rechte und Pflichten wie EhepartnerInnen aus dem EU-Raum erhalten.

11 KULTUR

AN KULTUR KÖNNEN ALLE TEILHABEN

Kultur macht uns zu selbständig denkenden Menschen. Sie ermöglicht eigenständige Entscheidungen und die Bereitschaft zu notwendigen Veränderungen. Ihr Wert geht weit über materielle Aspekte hinaus. Sie ist der Kitt des gesellschaftlichen Zusammenhalts und befähigt die Menschen, sich in der Welt und in der Gesellschaft zurechtzufinden. An Kultur haben wir alle teil.

Kulturpolitik aus sozialdemokratischer Sicht soll sich mit dem Zustand der Gesellschaft, ihrer Vergangenheit und ihrer Zukunft auseinandersetzen. Kunst und Kultur sollen Identität und Integration schaffen, eigene und fremde Werte vermitteln, Austausch und Auseinandersetzung ermöglichen und zu schöpferischer Tätigkeit, Toleranz und Verständnis beitragen.

Dafür setzt sich die SP ein:

- Die Freiheit der Kunst steht im Zentrum des Kunstverständnisses und muss gewährleistet sein.
- Kulturförderung soll der Vielfalt unserer Gesellschaft Rechnung tragen. Auch in Zeiten knapper Finanzen muss die öffentliche Hand Mittel für Kulturförderung bereithalten.
- Die Teilnahme am kulturellen Leben soll allen Teilen der Bevölkerung möglich sein, unabhängig von ihrer wirtschaftlichen Lage.
- Kultur braucht Freiräume. Die SP setzt sich dafür ein, dass Kulturschaffende über die finanzielle Unterstützung hinaus gefördert werden, z. B. durch die Bereitstellung geeigneter Infrastruktur.
- Als zweisprachiger Kanton muss der Kanton Bern eine Brückenfunktion zwischen der deutsch- und der französischsprachigen Kultur wahrnehmen.

12 SPORT

MIT SPORT DIE BEWEGUNG UND FAIREN UMGANG MITEINANDER FÖRDERN

Ein fairer, respektvoller Umgang mit der Gegnerin und dem Gegner, das Bewusstsein für den eigenen Körper, Anerkennung geltender Regeln, Akzeptanz eigener und fremdbestimmter Grenzen, Teamwork – das sind nicht nur sportspezifische Eckpfeiler, sondern grundlegende Werte des menschlichen Zusammenlebens. Sport kann auf spielerische und lustbetonte Weise zum Zusammenhalt der Gesellschaft, zur Persönlichkeitsbildung, zum kulturellen Austausch und zur Integration beitragen. Regelmässige Bewegung ist für eine gute Gesundheit unerlässlich. Auch in der Schweiz sind immer mehr Menschen und insbesondere Kinder übergewichtig. Ursachen sind falsche Ernährung und Bewegungsmangel. Die Bewegung junger Menschen zu fördern, ist eine Zukunftsinvestition und eine kostengünstige Form der Gesundheitsförderung und Gesundheitsvorsorge. Diese werden in der heutigen Lebensgestaltung immer wichtiger.

Dafür setzt sich die SP ein:

- Bewegung braucht Raum. Die öffentliche Hand soll die Infrastruktur für Vereine und Jugendprojekte zur Förderung von Bewegung und Integration flexibel und nach Möglichkeit gebührenfrei zur Verfügung stellen. Jugend & Sport-Gelder müssen ausreichend zur Verfügung stehen.
- Zu einer guten Ausbildung gehört Sport. Das Sportangebot in der Schule ist zu fördern, der Schulalltag soll tägliche Bewegung vorsehen, der Schwimmunterricht an den Schulen muss flächendeckend wieder eingeführt werden. Das Lektionsobligatorium im Fach Sport ist umzusetzen.
- Mädchen sollen in Vereinen in jeder Beziehung gleich gefördert werden wie Jungen. In ihrer Ausbildung müssen SportlehrerInnen, TrainerInnen und InstruktorInnen für das Thema «Sport und Gleichstellung» sensibilisiert werden.
- Sportangebote und -infrastruktur müssen Menschen mit Behinderung zugänglich sein.
- SpitzensportlerInnen sollen während der Ausbildung von Lehrbetrieben und Bildungsinstitutionen unterstützt werden. Der Besuch von Sportmittelschulen muss allen sportlich Begabten offenstehen.
- Der Einsatz verbotener Dopingmittel wird nicht toleriert und muss gemäss den internationalen Richtlinien bekämpft und geahndet werden.

The image shows two women in professional attire in a brightly lit office. The woman on the left is wearing glasses and a light-colored blazer, holding a tablet. The woman on the right is also wearing glasses and a light-colored blazer, holding a folder. The background is a blurred office environment with large windows. The word "WIRTSCHAFT" is printed in large, bold, black capital letters across the center of the image.

WIRTSCHAFT

13 ARBEIT UND EXISTENZSICHERUNG

MENSCHENWÜRDIGE ARBEIT UND EXISTENZ FÜR ALLE ERMÖGLICHEN

Arbeit ist ein zentrales Element unseres Lebens. Sie sichert nicht nur das Einkommen, sondern stellt auch einen sinnstiftenden Aspekt des Alltags und damit einen wichtigen Bestandteil der gesellschaftlichen Integration dar. Arbeitslosigkeit ist für Betroffene schwer zu ertragen und eine Verschleuderung von wirtschaftlichen Ressourcen. Im Fall der Jugendarbeitslosigkeit kommt hinzu, dass sie einen positiven Einstieg ins Erwerbsleben oft dauerhaft behindert.

Die Globalisierung der Weltwirtschaft hat Chancen eröffnet und Wahlfreiheiten vergrössert. Gleichzeitig haben die Liberalisierung des Welthandels und der verschärfte Wettbewerb die Verletzbarkeit der Einzelnen verstärkt und die Handlungsfähigkeit der Nationalstaaten eingeschränkt. Immer mehr Arbeitsplätze werden an die günstigsten Produktionsstandorte verlegt, wo oft Sozial-, Gesundheits- und Umweltstandards nicht eingehalten werden und Menschen unter ungesunden und ausbeuterischen Verhältnissen schlecht bezahlte Arbeit verrichten müssen. In den reichen Staaten Europas haben Menschen mit geringer Ausbildung zunehmend Mühe, eine existenzsichernde Arbeit zu finden. Immer mehr Arbeitsverhältnisse werden prekär, der Druck auf die Löhne nimmt zu. Parallel dazu gefährden die Lohnexzesse auf der Managerstufe den gesellschaftlichen Zusammenhalt und den sozialen Frieden.

Dafür setzt sich die SP ein:

- Jeder Mensch hat das Recht auf gleiche Chancen beim Zugang zum Arbeitsmarkt, damit er einer angemessenen Erwerbsarbeit nachgehen kann (Vollbeschäftigung*).
- Arbeit muss immer menschenwürdig sein.
- Erwerbsarbeit soll die Existenz sichern. Wo dies aus strukturellen Gründen nicht möglich ist, müssen staatliche Zuschüsse und/oder ergänzende Leistungen den Ausgleich schaffen.
- Das Postulat «Gleicher Lohn für gleichwertige Arbeit» gilt für Mann und Frau, Jung und Alt, SchweizerInnen und AusländerInnen sowie für Menschen mit und ohne Behinderung.
- Die Arbeitswelt muss sich den tatsächlichen gesellschaftlichen Verhältnissen anpassen. Vereinbarkeit von Beruf und Familie, familienfreundliche Arbeitsmodelle, Teilzeitstellen auf allen Stufen (auch für Männer!), Auszeiten sowie selbstbestimmtes, flexibles Rentenalter sind hier unsere zentralen Forderungen.
- Vorübergehende Beschäftigung von Arbeitslosen in staatlichen Programmen kann dort unterstützt werden, wo das Ziel die langfristige Integration ins Erwerbsleben ist.
- Der pragmatische Regelungsrahmen des schweizerischen Arbeitsmarktes soll beibehalten und beschäftigungsfreundlich weiterentwickelt werden.
- Die SP engagiert sich für globale Mindeststandards in den Bereichen Arbeitsrecht, Gesundheit und Umweltschutz.

14 WIRTSCHAFTLICHE ENTWICKLUNG

DIE WIRTSCHAFTLICHE ENTWICKLUNG ZUM VORTEIL ALLER GESTALTEN

Eine starke, gedeihende Wirtschaft ist Voraussetzung für einen sozialen und leistungsfähigen Staat. Die SP setzt sich deshalb für gute und umfassende Rahmenbedingungen zugunsten der Arbeitnehmenden und der Unternehmen ein. So ermöglicht ein starker Staat sinnvolles und nachhaltiges Wirtschaftswachstum im Rahmen einer sozialen Marktwirtschaft. Ziel der Wirtschaftspolitik muss es sein, dass sich die Schweiz nachhaltig entwickelt, dass Wohlstand und Lasten gerechter verteilt werden, die Gleichstellung von Frau und Mann vorankommt und die Demokratie auch in der Wirtschaft eingeführt und ausgebaut wird.

Die Wirtschaftspolitik der SP orientiert sich an den Bedürfnissen der Menschen. Auf der Grundlage von Gerechtigkeit und Solidarität setzt sie sich für eine Wirtschaftspolitik ein, die den gesellschaftlichen Wandel unterstützt und alle Menschen vom wirtschaftlichen Fortschritt profitieren lässt. Sie will eine Politik, die den Wirtschaftsstandort und den Sozialstaat stärkt und Staat und Wirtschaft nicht als Widersacher, sondern als Partner betrachtet.

Dafür setzt sich die SP ein:

- Der Staat bildet einen soliden Rahmen für eine umweltfreundliche und soziale Marktwirtschaft im Kanton Bern. Dieser bietet neuerungsfreudigen, ideenreichen MarktteilnehmerInnen mit dem Bildungs- und Gesundheitssystem, der Forschung, den familienergänzenden Betreuungsangeboten bestmögliche Standortbedingungen.
- Landwirtschaft, Forstwirtschaft und Tourismus müssen als Chance für die Randgebiete erkannt und umweltgerecht weiterentwickelt werden. Ein zukunftsweisender und nachhaltiger Strukturwandel ist in diesen traditionellen Wirtschaftsregionen erforderlich.
- Die Herausforderungen der Klimaveränderung für den Tourismus sind rasch und aktiv anzugehen, die touristischen Angebote entsprechend neu auszurichten.
- In der Landwirtschaft sind die Rahmenbedingungen für den biologischen Landbau und für Bioprodukte gezielt zu verbessern, ebenso für den Einsatz von erneuerbaren Energien. Strukturverbesserungsmassnahmen sind auf langfristige Wirtschaftlichkeit und ökologischen Zusatznutzen auszurichten.
- Wo dies für die Sicherstellung des Service public sinnvoll ist, verfügt der Kanton Bern über eigene staatliche Unternehmen.
- Staat und Wirtschaft sollen den Menschen dienen und im Interesse der BewohnerInnen unseres Kantons partnerschaftlich zusammenarbeiten. Dazu gehört die vermehrte Nutzung moderner Zusammenarbeitsformen. Die Wirtschaftsförderung soll sich auf nachhaltig und umweltfreundlich produzierende Betriebe konzentrieren.
- Die SP engagiert sich für einen Kanton Bern, in welchem die Rechte der Arbeitnehmenden einen hohen Stellenwert geniessen. Der Vorrang der Politik muss auch in wirtschaftlichen Belangen gelten.
- Die SP setzt sich für einfachere administrative Rahmenbedingungen für KMU ein, insbesondere für die Vereinfachung von administrativen Abläufen und Auflagen bei der Firmengründung.

15 FINANZEN

MIT GESUNDEN FINANZEN UND GERECHTEN STEUERN HANDLUNGSFÄHIG BLEIBEN

Gesunde öffentliche Finanzen sind die Grundpfeiler eines handlungsfähigen Staats und einer zukunftsgerichteten Entwicklung des Kantons; ein gerechtes und transparentes Steuersystem ist Voraussetzung für das Vertrauen der Menschen in den Staat. Die SP setzt auf eine Finanzpolitik, welche die vorhandenen Mittel nachhaltig einsetzt, und auf eine Besteuerung, die nicht in erster Linie tiefer oder höher, sondern vor allem gerechter werden muss.

Dafür setzt sich die SP ein:

- Die Aufwendungen des Staates sollen von den BürgerInnen solidarisch, d. h. entsprechend ihrer wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit getragen werden.
- Einnahmen und Ausgaben des Staates müssen langfristig ausgeglichen sein. Die Aufgaben und ihre Finanzierung sind aufeinander abzustimmen.
- Es sollen finanzpolitische Handlungsspielräume geschaffen werden, die für vorrangige Aufgaben eingesetzt werden können.
- Das Steuersystem der Gemeinden und der Kantone ist zu harmonisieren. Steuerharmonisierungen führen zu mehr Chancengleichheit.
- Eine nächste Steuergesetzrevision muss eine ökologische Steuerreform bringen und die heutige Steuerstruktur aus wachstums- und umweltpolitischer Sicht verbessern.
- Steuerwettbewerb als Instrument der kantonalen Finanzpolitik und aus rein standortpolitischen Motiven lehnt die SP ab. Dagegen befürworten wir die finanzielle Selbständigkeit der Gemeinden mit dem Ziel eines lokal verankerten, sorgfältigen Umgangs mit öffentlichen Mitteln.
- Der Verzicht auf nichtfinanzierte Steuer geschenke und der Grundsatz der Steuergerechtigkeit sind die Grundlagen einer nachhaltigen Finanzpolitik.

16 REGIONALPOLITIK

DURCH REGIONALPOLITIK DIE STÄDTE UND REGIONEN STÄRKEN

Die Entwicklung der Industriegesellschaft im 20. Jahrhundert, ihr Umbau in eine Dienstleistungsgesellschaft, die Entwicklung der Mobilität und der Informationstechnologien haben zu enormen Veränderungen in der Lebens- und Wirtschaftsweise im Kanton Bern geführt. Von der fast eine Million Menschen umfassenden Bevölkerung wohnt rund die Hälfte in den Städten Bern, Biel, Thun und deren Agglomerationen. Die Regionen sind wirtschaftlich und kulturell zusammengewachsen; Verkehr, Siedlungsentwicklung, Wirtschafts- und Kulturpolitik machen vor Gemeindegrenzen nicht halt. Wir wohnen in der Gemeinde, leben aber auch in der Region.

Der Kanton Bern mit seiner vielfältigen Topografie kann sich wirtschaftlich und gesellschaftlich nur weiterentwickeln, wenn die Städte als Zentren gestärkt werden und gleichzeitig in die Stärken der Regionen investiert wird. Voraussetzung dafür sind gemeindeüberschreitende, verbindliche Konzepte zur Steuerung der Siedlungs-, Verkehrs- und Wirtschaftsentwicklung.

Dafür setzt sich die SP ein:

- Mit dem Richtplan nimmt der Kanton stärkeren Einfluss auf eine nachhaltige Entwicklung. Er berücksichtigt dabei die wirtschaftlichen Interessen der Regionen. Die Planungsfreiheit der Gemeinden ist im Gesamtinteresse entsprechend einzuschränken. Die Ortsplanungen orientieren sich in erster Linie an übergeordneten Zielen.
- Es sind leistungsfähige Gemeinden zu schaffen und zu erhalten, die den BürgerInnen qualitativ hochstehende und zeitgerechte Dienstleistungen bieten können. Die Zahl der politischen Gemeinden ist deutlich zu verkleinern.
- Die SP setzt sich für einen fairen, transparenten und effektiven Finanzausgleich ein. Die Zentrumslasten der Städte müssen besser auf die gesamte Bevölkerung verteilt werden, die davon profitiert.
- Die SP engagiert sich für eine bauliche Verdichtung der Siedlungsgebiete in Gemeinden und Städten. Der Grundsatz der Abgrenzung zwischen Baugebiet und Nicht-Baugebiet ist einzuhalten.
- Die staatlichen Strukturen (Gemeinden, Regionen, Kanton) sind konsequent und unvoreingenommen infrage zu stellen. Ihre Funktionsfähigkeit ist regelmässig zu prüfen. Dies beinhaltet auch den Mut, die gegenwärtigen Kantonsgrenzen kritisch zu überdenken.

ÖKOLOGIE



17 UMWELT

UNSERE NATÜRLICHEN LEBENSGRUNDLAGEN ERHALTEN

Die SP setzt sich für eine intakte Umwelt ein. Diese bildet die Lebensgrundlage der Menschen. Schutz und Bewahrung der natürlichen Ressourcen sind deshalb auch ein wichtiger Beitrag zum Wohlstand im Kanton Bern. Die kantonale Umweltpolitik muss auf Vorbeugung ausgerichtet sein. Überschwemmungen und andere Katastrophen zu vermeiden, ist sozial und wirtschaftlich sinnvoller, als im Nachhinein teure Massnahmen zu finanzieren. Zur Umweltpolitik gehören neben dem Schutz von Wasser, Luft, Boden und biologischer Vielfalt auch Investitionen in ein wirtschaftliches Wachstum, das die Anliegen der Umwelt und Gesellschaft gleichwertig berücksichtigt. Umweltinvestitionen lösen beachtliche Folgeinvestitionen aus und schaffen Arbeitsplätze. Natur, Artenvielfalt und Landschaft besitzen darüber hinaus eine hohe wirtschaftliche Bedeutung für die Schweiz und speziell für den Kanton Bern: Sie bilden die natürlichen Ressourcen, auf die sich weite Teile des Tourismus stützen.

Dafür setzt sich die SP ein:

- Natürliche Ressourcen wie Boden, Wasser und Luft sind gezielt zu schützen. Dazu gehören der konsequente Artenschutz und die Erhaltung und Schaffung ausreichender Lebensräume für Wildtiere und -pflanzen.
- Die Immissionen sind zu reduzieren und Massnahmen zur Einhaltung der Grenzwerte zu ergreifen.
- Das Verursacherprinzip soll als zentrale Leitlinie der Umweltpolitik weitergeführt und ausgebaut werden.
- Die Schutzfläche von Biotopen ist auszuweiten. Die ökologischen Ausgleichsflächen in der Landwirtschaft müssen qualitativ verbessert und gezielter vernetzt werden. Dazu gehört auch die Berücksichtigung geeigneter Wald(rand)- und Siedlungsflächen.
- Die grundlegenden ökologischen Funktionen des Waldes (positive Wirkung auf Boden-, Luft- und Wasserqualität, Lebensraum für Tier- und Pflanzenarten, Schutz vor Naturgefahren) sind vorrangig zu erhalten; eine entsprechend nachhaltige Bewirtschaftung des Waldes ist sicherzustellen. Der Anteil der Reservatflächen soll erhöht werden.
- Die SP befürwortet Lenkungsabgaben für die Nutzung natürlicher Ressourcen wie Grundwasser und Kies, für die Versiegelung natürlicher Böden und für ähnliche Massnahmen.
- Mit nachhaltiger Siedlungsentwicklung, baulicher Verdichtung und der Nutzung von Industrie- und Siedlungsarealen fördern wir den haushälterischen Umgang mit dem Boden.
- Das Verbandsbeschwerderecht sorgt dafür, dass das Umweltrecht eingehalten wird, und darf deshalb nicht eingeschränkt werden.

18 KLIMA

DAS KLIMA FÜR DIE ZUKÜNFTIGEN GENERATIONEN SCHÜTZEN

Die Belastung der Atmosphäre mit CO₂ durch die Verbrennung fossiler Energien hat nachweislich eine Veränderung des Klimas zur Folge. Noch nie in der Geschichte der Menschheit wurde eine so hohe Konzentration von CO₂ und anderen Klimagasen in der Luft nachgewiesen, und noch nie gab es eine derart rasche Veränderung in der chemischen Zusammensetzung der Atmosphäre. Diese Veränderungen haben Folgen für Umwelt, sozialen Zusammenhalt und wirtschaftliche Leistungsfähigkeit unserer Welt. Die globale Weltwirtschaft und damit unzählige Arbeitsplätze werden durch die Erderwärmung stark geschädigt, ganz zu schweigen von den Auswirkungen auf Gesundheit und Leben der einzelnen Menschen.

Die Klimaveränderung ist eine der grössten globalen Herausforderungen des 21. Jahrhunderts. Sie abzuschwächen und die schlimmsten Auswüchse zu verhindern, gehört zu den Hauptaufgaben unserer Zeit – auch mit Blick auf kommende Generationen.

Dafür setzt sich die SP ein:

- Die international vereinbarten Reduktionsziele für Klimagasen und das darauf abgestützte CO₂-Gesetz müssen eingehalten werden.
- Darüber hinaus müssen sich die Schweiz und der Kanton Bern international für griffigere Ziele und Massnahmen zum Schutz des Klimas einsetzen.
- Die SP fordert Anreize und konsequentes Handeln zur Verminderung der CO₂-Emissionen. Insbesondere fordern wir eine wirksame CO₂-Abgabe auf allen fossilen Energieträgern. Diese ist zu erhöhen, bis die international vereinbarten Zielwerte erreicht oder übertroffen werden.

19 ENERGIE

AUF ERNEUERBARE ENERGIEN UND ENERGIEEFFIZIENZ SETZEN

Eine der wichtigsten Aufgaben unserer Gesellschaft in den nächsten Jahrzehnten ist die Sicherstellung einer nachhaltigen Energieversorgung. Der Energieverbrauch pro Person im Kanton Bern liegt heute klar über dem weltweiten Mittel. Die absehbare Verknappung von Öl, Gas und Uran bedingt eine weit vorausschauende Energiepolitik. Je schneller der Energiekonsum vermindert und durch erneuerbare Energien* ersetzt wird, desto wirtschaftlicher kann dies geschehen. Der Markt für erneuerbare Energien und effiziente Energienutzung weist eine der grössten Wachstumsraten auf.

Die Schweiz als reiche westliche Industrie- und Dienstleistungs-nation ist dazu verpflichtet, mitzuhelfen, dass die beschränkten Ressourcen gerecht verteilt werden. Richtschnur einer sozialdemokratischen Energiepolitik ist das Prinzip der nachhaltigen Entwicklung. Die Abhängigkeit von nicht erneuerbaren Energien ist durch eine verstärkte Nutzung erneuerbarer Energien und durch eine grössere Energieeffizienz zu reduzieren. Die Nutzung erneuerbarer Energien, insbesondere der Wasserkraft, hat im Kanton Bern eine grosse Bedeutung für die Versorgungssicherheit und die regionale Wertschöpfung.

Dafür setzt sich die SP ein:

- Um die Ziele der Klimapolitik zu erreichen und der ungleichen Verteilung der Ressourcen entgegenzuwirken, muss die 2000-Watt-Gesellschaft* das langfristige Ziel der Energiepolitik sein.
- Die SP unterstützt die Förderung und Nutzung der erneuerbaren Energien und fordert Massnahmen zur Verbesserung der effizienten Energienutzung. Wasserkraft und Solarenergie sind als Energielieferanten auszubauen.
- Die SP fordert den Ausstieg aus der Atomenergienutzung und die Stilllegung des AKW Mühleberg.
- Der Kanton Bern soll in Erforschung, Entwicklung und Vermarktung energieeffizienter Technologien führend werden und entsprechende Projekte an den eigenen Hochschulen fördern. Er schafft damit Know-how und Voraussetzungen für eine zukunftsfähige Wirtschaftsentwicklung.
- Für öffentliche und private Bauten und Anlagen sowie für Fahrzeuge, Maschinen und Geräte sind verbindliche Mindeststandards zu definieren, die sich an der Energieeffizienz orientieren. Die öffentliche Hand nimmt dabei eine Vorreiterrolle ein.
- Der Energieverbrauch im Gebäudereich ist durch die Einführung einer Sanierungspflicht zu senken. Steuerliche Begünstigungen für HauseigentümerInnen müssen an Kriterien der Nachhaltigkeit* und der Energieeffizienz gebunden werden.

20 MOBILITÄT

DIE MOBILITÄT IN EINKLANG MIT DER UMWELT GESTALTEN

Mobilität ist ein Grundbedürfnis des Menschen und gehört zu unserem Alltag. Unser heutiges Mobilitätsverhalten und das damit verbundene massive Verkehrswachstum belasten jedoch Umwelt und Klima in hohem Mass.

Die SP setzt sich dafür ein, dass die Mobilitätsbedürfnisse der Bevölkerung menschen- und umweltgerecht, effizient und wirtschaftlich tragbar befriedigt werden. Die Richtlinie dafür heisst Nachhaltigkeit*. Unsere Verkehrsinfrastruktur soll zwar Chancengleichheit und wirtschaftliche Entwicklung fördern, nicht aber unsere natürlichen Lebensgrundlagen gefährden. Die stetige Zunahme des motorisierten Individualverkehrs muss gebremst und besonders in den Agglomerationen gestoppt werden. Öffentlicher Verkehr ist Service public, wobei die SP den Flugverkehr nicht dazuzählt.

Dafür setzt sich die SP ein:

- Der öffentliche Verkehr wird durch ein noch besseres und flexibleres Angebot und den Ausbau der entsprechenden Infrastruktur gefördert. Zudem sind Investitionen in einen umweltfreundlichen öffentlichen Verkehr zu tätigen, wie beispielsweise in die Ausrüstung aller Dieselsebusse mit Partikelfilter und in die Beschaffung von effizientem Rollmaterial.
- Die Entwicklung des Langsamverkehrs ist zu fördern. Gegenüber neuen Strassen haben der Ausbau des öffentlichen Verkehrs und des Langsamverkehrs sowie Massnahmen zur Erhöhung der Verkehrssicherheit Vorrang.
- Für mobilitätslenkende Instrumente wie Road-Pricing*, Parkraumbewirtschaftung und differenzierte Fahrverbote werden die gesetzlichen Rahmenbedingungen geschaffen. Erlöse aus diesen Instrumenten sollen in erster Linie dem öffentlichen Verkehr zugutekommen.
- Mobilitätsvernetzende Massnahmen wie kombinierte Mobilität und Mobilitätsmanagement sind gezielt zu fördern.
- Strassenräume sollen so gestaltet werden, dass ein gleichberechtigtes Nebeneinander unterschiedlicher Verkehrsmittel und Verkehrsteilnehmender möglich und die Qualität des öffentlichen Raumes erhöht wird.
- Fahrzeuge sind im Sinne des Verursacherprinzips* nach ihrer Energieeffizienz und ihren Emissionen zu besteuern und zu versichern.

Die SP des Kantons Bern nimmt klar Stellung für Gerechtigkeit, Chancengleichheit, eine gesunde Umwelt, eine leistungsfähige Wirtschaft und die Grundwerte der Demokratie. Sie versteht sich als Teil sozialdemokratischer Politik auf schweizerischer und internationaler Ebene und ist sich ihrer Wurzeln in der Arbeiterbewegung bewusst.

**Sozialdemokratische Partei
des Kantons Bern**

Monbijoustrasse 61

Postfach 1096 | 3000 Bern 23

Tel. 031 370 07 80 | Fax 031 370 07 81

sekretariat@spbe.ch | www.spbe.ch

**FÜR ALLE
STATT
FÜR WENIGE**

